

Niedersächsischer Landtag

16. Wahlperiode

132. Plenarsitzung

21. März 2012

Seite 17154

Abschließende Beratung:

Betreuungsgeld ist rückwärtsgewandt - Finanzmittel stattdessen für Krippenausbau zur Verfügung stellen! -

Antrag der Fraktion der SPD -

Drs. 16/4360 - Beschlussempfehlung
des Kultusausschusses - Drs. 16/4525

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen,
den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht
vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege
Brammer für die SPD-Fraktion.

Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Brammer.

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag eingebracht, um zu verhindern, dass die regierenden Fraktionen in Hannover und Berlin in der frühkindlichen Bildung einen gefährlichen Irrweg gehen.

(Beifall bei der SPD)

Die Einführung eines Betreuungsgeldes ist Bestandteil des Koalitionsvertrages zwischen den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP nach der Bundestagswahl 2009. Es handelt sich um die Zahlung von letztlich 150 Euro für jedes Kind vom zweiten bis zum dritten Lebensjahr, das von seinen Eltern nicht in eine Krippe geschickt wird. Durch einen Beschluss des Koalitionsausschusses am 6. November 2011 hat die Regierungskoalition in Berlin ihr Vorhaben, dieses Betreuungsgeld zum 1. August 2013 einführen zu wollen, noch einmal bekräftigt. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Wir fordern Sie auf, dieses Vorhaben zu verhindern!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Seit 2005 werden bundesweit Anstrengungen unternommen, das Tagesbetreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren auszubauen. Ziele des Tagesbetreuungsgesetz im Jahr 2005 auf den Ausbau der Versorgungsangebote, so sollte mit dem Kinderförderungsgesetz im Jahre 2008 für die Schaffung eines hochwertigen Betreuungsangebotes für mindestens 35 % aller Kinder unter drei Jahren gesorgt werden. Jetzt aber sagt die Bundesregierung: Kommando zurück, wir kaufen die Kinder aus den Einrichtungen heraus! - Das kommt übrigens dieser Landesregierung sehr zupass; denn Sie schaffen die Erfüllung des Rechtsanspruchs zum Jahre 2013 sowieso nicht mehr.

(Beifall bei der SPD - Frauke Heiligenstadt [SPD]: Genau!)



Aber, meine Damen und Herren von CDU und FDP, zu welchem Preis? - Die Einführung des Betreuungsgeldes wird bundesweit mindestens 2 Milliarden Euro kosten - jedes Jahr, und zwar dauerhaft. Darin sind die anfallenden Verwaltungskosten für die Verteilung der Gelder noch gar nicht eingerechnet. Für Niedersachsen sind das jedes Jahr ca. 200 Millionen Euro. Finanziert werden soll das Ganze durch erhöhte Steuereinnahmen. Ich kann Ihnen sagen: Der nächste Konjunkturinbruch wird so manchem Finanzminister schlaflose Nächte bereiten.

Ich möchte an einem Beispiel klarmachen, was Sie hier gerade anstellen. Wir haben uns hier über den Neubau des Landtages gestritten. Dieses Betreuungsgeld entspricht in jedem Jahr den Kosten von vier neuen Landtagen.

(Jens Nacke [CDU]: Wir brauchen doch gar keine vier Landtage! - Heiterkeit bei der CDU)

Noch ein Beispiel.

(Jens Nacke [CDU]: Auch so ein gutes Beispiel?)

- Herr Nacke, Sie haben sich heute Morgen schon sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Nun seien Sie einmal ein bisschen ruhig!

Das nächste Beispiel:

Im Herbst 2007 verkündet die CDU: Wir wollen den Kindergartenbesuch nach der Landtagswahl 2008 beitragsfrei stellen. - Im Februar 2009 wird dieses Ziel nach einer Fraktionsklausur auf Eis gelegt: „Am Ziel wird festgehalten, aber wir haben kein Geld.“

Im Herbst kommt das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Jetzt knallen Sie hier jedes Jahr 200 Millionen Euro heraus. So viel: Versprochen - gebrochen, meine Damen und Herren. Sie investieren kein Geld in gute Bildung, aber Sie investieren viel Geld für schlechte Bildung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

um das einmal mit den Worten von Rita Pawelski von der Frauenunion zu sagen:

Ich habe große Sorgen, dass Eltern, die auf jeden Cent schauen müssen, ihre Kinder zu Hause behalten. Dabei bekommen jene, die sich eine Nanny finanzieren können, noch extra Geld obendrauf.

- Dass es Eltern gibt, bei denen es um jeden Cent geht, liegt u. a. übrigens auch daran, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie in Sachen Mindestarbeit und Leiharbeit nichts unternehmen.

(Jens Nacke [CDU]: Mindestarbeit? - Mindestlohn ist das, was Sie meinen!)

- Mindestlohn. Das tut mir leid, Herr Nacke.

(Jens Nacke [CDU]: Schon gut! Ich helfe ja gern!)

Das hat dann zur Folge, dass es Familien gibt, in denen Mama abends noch an der Tanke arbeiten muss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

frühkindliche Bildung ist der Schlüssel zu lebenslangem Bildungserfolg. Insbesondere bildungsfernen und zugleich einkommensschwachen Eltern bietet das Betreuungsgeld einen starken Anreiz, auf den Kita-Besuch zu verzichten und die Geldleistung in Anspruch zu nehmen. Die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag sind sich mit vielen Experten, aber z. B. auch mit den Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und den Frauen in der CDU einig:

Das Betreuungsgeld ist sozial-, integrations-, bildungs- und gleichstellungspolitisch eine Katastrophe!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, ich fordere Sie auf:

Unterstützen Sie unseren Antrag! Sorgen Sie mit dafür, dass dieses Betreuungsgeld nicht eingeführt wird und dass die vorgesehenen Gelder stattdessen für den Ausbau im Bereich der frühkindlichen Bildung verwendet werden!

Auf der einen Seite schmeißen Sie jährlich 200 Millionen Euro zum Fenster heraus, und auf der anderen Seite wollen Sie die Schuldenbremse einführen. Meine Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hauses, Sie haben kein Konzept. Wir fordern Sie auf: Verhindern Sie die Einführung des Betreuungsgeldes zum Wohle der frühkindlichen Bildung und als ersten Beitrag für eine wirksame Schuldenbremse!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Teil 2

Auf den Beitrag von Frau Vockert gibt es zwei Wortmeldungen für eine Kurzintervention, zunächst von Herrn Brammer und dann von Frau Helmhold. Herr Brammer, ich erteile Ihnen das Wort.

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Vockert, ich muss ganz ehrlich sagen: So einen Beitrag hätte ich Ihnen nicht zugetraut. Aber man lernt ja immer dazu.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Rückwärtsgewandt ist gar kein Ausdruck!)

Aber der Reihe nach. Sie haben gesagt, der Antrag sei schon abgelehnt. Mein letzter Stand ist, dass er nicht abgelehnt worden ist, sondern vertagt wurde. Aber selbst wenn er abgelehnt worden sein sollte: Wenn es gilt, eine Katastrophe zu verhindern, kann man ihn durchaus noch einmal einbringen. Das war auch unsere Intention.

Sie haben von der Wahlfreiheit der Eltern geredet. Aber was haben die Eltern denn jetzt?

(Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE])

Wir haben alles geregelt: Es gibt Krippen, und wenn Eltern ihre Kinder aus Kostengründen nicht in die Krippe geben können, dann gibt es die Wirtschaftliche Jugendhilfe. Sie aber kaufen die Eltern bewusst aus den Krippen raus. Das kritisieren wir; das wollen wir nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Zum Thema „Herdprämie“ - wenn Ihnen der Ausdruck „Herdprämie“ nicht gefällt: es gibt so viele andere; man kann auch „Fernhalteprämie“ sagen - kann ich Ihnen nur sagen: Ihre Beiträge haben mich wahn-sinnig enttäuscht. Ich hätte von der CDU eigentlich mehr erwartet. Schauen Sie doch einmal zurück! Wir reden seit Monaten über das Kinderförderungsgesetz. Und wenn man daran denkt, was Sie vorher erzählt haben und was Sie heute zum Besten gegeben haben, dann kann man nur sagen: Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht. Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Teil 3

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Wenn Sie mit Ihren Zwischenrufen fertig sind, habe ich die Gelegenheit, Herrn Kollegen Brammer eine Kurzintervention auf den Beitrag des Kollegen Försterling zu ermöglichen. Sie haben 90 Sekunden. Bitte schön!

Axel Brammer (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident!

Herr Försterling, mit Ihrem letzten Satz haben Sie die Wahrheit offenbart. Mit Ihrem Satz „Hauptsache nicht nur nach Bayern“ haben Sie gerade offenbart, wie die FDP zur CSU steht und wie die FDP auf der Bundesebene in Wirklichkeit für das Betreuungsgeld steht. Vielen Dank!

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Von der CSU am Nasenring durch die Manege geführt!)

Ich möchte noch einmal sagen: Es geht nicht nur darum, dass hier Kinder aus dem frühkindlichen Bildungsbereich herausgekauft werden. Es geht hier auch um 200 Millionen Euro je Jahr, die wir im Bereich der frühkindlichen Bildung bitter nötig haben. Sie wollten uns heute Morgen weismachen, wir wollten mit der Schuldenbremse nichts zu tun haben. Aber hier verpulvern Sie Geld!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)